

Antrag 77/II/2024
Fassung der AK

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)

Neufassung: Für eine menschenrechtsbasierte & sozialdemokratische Migrations- und Asylpolitik!

1 **Der furchtbare Anschlag von Solingen hat die in der po-**
 2 **litischen Debatte voranschreitende Diskursverschiebung**
 3 **in der Migrationspolitik weiter verschlimmert. Während**
 4 **Geflüchteten aus der Ukraine zunächst mit Solidarität be-**
 5 **gegnet wurde, bleibt die Ablehnung gegenüber Geflüch-**
 6 **teten aus anderen Teilen der Welt erschreckend hoch. De-**
 7 **batten darüber, dass Migration begrenzt werden müsse,**
 8 **kommen seit 2015 immer wieder auf und stehen dem in-**
 9 **dividuellen Menschenrecht auf Asyl fundamental gegen-**
 10 **über.**

11
 12 **Nachdem die Bundesregierung zuvor mit dem Chan-**
 13 **cenaufenthaltsrecht, dem Fachkräftezuwanderungsge-**
 14 **setz und dem neuen Einbürgerungsrecht ein aktives Ein-**
 15 **treten und Bekenntnis Deutschlands als Einwanderungs-**
 16 **land manifestiert hat, wurden immer mehr restriktivere**
 17 **Regelungen in der Migrationspolitik über das Rückkehr-**
 18 **verbesserungsgesetzes, das GEAS bis hin zum Sicherheits-**
 19 **paket von der sozialdemokratisch-geführte Bundesregie-**
 20 **rung aufgenommen.**

21
 22 Migration wird damit nicht mehr als Chance und Bereiche-
 23 rung für unsere Gesellschaft und gleichberechtigte Teilha-
 24 be verstanden, sondern vor allem als Bedrohung für die
 25 öffentliche Sicherheit. Die Konnexität von Migration und
 26 Kriminalität ist das Gift rechter Narrative, das auch in Tei-
 27 len der linken Parteien wie der SPD aufgenommen wur-
 28 de und ein gesellschaftliches Klima geschaffen hat, in-
 29 dem Migrant*innen ablehnend und rassistisch begegnet
 30 wird. Rechte Narrative arbeiten dabei stets nach dem glei-
 31 chen Muster, indem sie Migrant*innen als Bedrohung dar-
 32 stellen und Migration in einen Kontext von Kriminalität
 33 stellen. Die Debatte wird nicht mehr nur von rechtsextre-
 34 men Kreisen geführt, sie ist inzwischen in der Mitte der
 35 Gesellschaft angekommen und eine Bedrohung für Men-
 36 schen, die bei uns Schutz suchen oder aufgrund ihrer Zu-
 37 schreibung als Migrant*innen gelesen werden. Unsere so-
 38 zialdemokratische Antwort muss dazu klar und unmiss-
 39 verständlich sein: Wir lehnen rechte Narrative entschie-
 40 den ab und eifern ihnen nicht hinterher oder relativieren
 41 sie. Dieses schleichende Gift zerstört unsere solidarische
 42 Gesellschaft und widerspricht unseren sozialdemokrati-
 43 schen Grundwerten.

44
 45 In diesem Kontext erleben wir leider eine fortschreiten-
 46 de Adaption solcher Narrative, die mit sich überbietenden
 47 Forderungen einer immer restriktiveren Migrations-
 48 politik in das bürgerliche Milieu vordringt. Der furchtbare
 49 Anschlag eines extremistischen Einzeltäters in Solingen

Bei Annahme wären die Anträge 77,78,79, 80, 89, 81 wären erledigt

50 wurde zum Anlass für eine deutliche Verschärfung des Mi-
51 grationsrechts genommen, um diese Debatte aufzuneh-
52 men, anstatt ihr entgegen zu treten.

53

54 **Das "Sicherheitspaket"**

55

56 Als Reaktion auf den Anschlag von Solingen wurde sehr
57 schnell das sogenannte "Sicherheitspaket" auf den Weg
58 gebracht. Dieses besteht aus verschiedenen Gesetzen, die
59 unter anderem Verschärfungen im Asyl- und Aufenthalts-
60 recht vorsehen. Durch den gewählten Zeitpunkt der Ge-
61 setze sowie durch den direkten Bezug auf das Asylrecht
62 in diesen wird eine Verknüpfung von Terrorismus und
63 Geflüchteten impliziert, die wir entschieden ablehnen.
64 Ebenso hat die Debatte um das „Sicherheitspaket“ erneut
65 offengelegt, dass Menschenrechte, wie das individuelle
66 Recht auf Asyl oder das Recht auf ein Leben in Würde für
67 alle Menschen zunehmend in Frage gestellt werden. Diese
68 Diskursverschiebung, die sich auch im „Sicherheitspaket“
69 wiederfindet, nehmen wir nicht hin und stellen uns ihnen
70 klar entgegen.

71 Ein Bestandteil der Reaktionen auf den Terroranschlag
72 von Solingen war die Wiedereinführung von stationä-
73 ren Grenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen, zu-
74 nächst für sechs Monate. Bereits zuvor bestanden bereits
75 seit 2023 stationäre Grenzkontrollen zu Landgrenzen zu
76 Polen, Tschechien und der Schweiz sowie seit 2015 an der
77 Landgrenze zu Österreich.

78 Die Wiedereinführung von Grenzkontrollen widerspricht
79 den Errungenschaften des Schengen-Raums, der für offe-
80 ne Grenzen, freien Personenverkehr und eine engere eu-
81 ropäische Zusammenarbeit steht. Neben der Einschrän-
82 kung für die Mobilität von Menschen sowie der Behinde-
83 rung des wirtschaftlichen Verkehrs sendet diese Maßnah-
84 me ein Signal der Abschottung. Hierdurch schwächen die-
85 se Grenzkontrollen das Vertrauen in die europäische In-
86 tegration und gefährden den Zusammenhalt. Grenzkon-
87 trollen können zwar Schleuserkriminalität bekämpfen, die
88 aus der Not der Menschen Profit machen. Sie bekämp-
89 fen aber nur das Symptom, aber nicht die Ursache. Die-
90 se liegt in dem unsolidarischen Dublinsystem, weil un-
91 gleiche Asylstandards in Europa eine Sekundärmigration
92 und Vertreibung in Europa begründen. Das GEAS verfestigt
93 dieses System mit Grenzverfahren, anstatt in ganz Eu-
94 ropa einheitliche Asylstandards zu etablieren.

95

96 **Hinzu kommt, dass diese Grenzkontrollen, die Gefahr von**
97 **Racial Profiling bieten.**

98 **Gleichzeitig werden flächendeckend populistische Narra-**
99 **tive bedient, die Geflüchtete sowie grundsätzlich Men-**
100 **schens mit Migrationsgeschichte als Bedrohung darstel-**
101 **len. In diesem Zusammenhang besteht eine erhöhte Ge-**
102 **fahr, dass bestimmte Menschen vermehrt Opfer von Ra-**

103 **cial Profiling werden können. Darüber hinaus ist zweifel-**
104 **haft, ob diese Maßnahme überhaupt die Gefahr von ex-**
105 **tremistischen Terroranschlägen reduzieren kann.**

106 **Die Unionspartei hat im Zuge der Wiedereinführung der**
107 **Grenzkontrollen sogar wiederholt deutlich gemacht, dass**
108 **ihnen diese Maßnahmen nicht weit genug gehen. Viel-**
109 **mehr fordern sie, das Grundrecht auf Asylrecht aufzuwei-**
110 **chen. Dies soll geschehen, indem Geflüchtete trotz eines**
111 **Asylgesuchs abgewiesen werden sollen. Diesen Verstoß**
112 **gegen die europäische Menschenrechtskonvention leh-**
113 **nen wir entschieden ab, er legt die Axt an die Wurzel der**
114 **europäischen Union.**

115

116 Daher fordern wir:

- 117 • Die Zurücknahme der stationären Grenzkontrollen
118 an allen deutschen Landgrenzen.
- 119 • Das Asylrecht weiterhin vollumfänglich zu schützen
120 und jeglichen Aufweichungsversuchen entschieden
121 entgegenzutreten.
- 122 • (Den Einsatz für einen klaren Rahmen für Asylver-
123 fahren in der gesamten EU nach den höchsten Stan-
124 dards)“

125

126 Neben den Grenzkontrollen beinhaltet das “Sicherheits-
127 paket” den vollständige Ausschluss von Sozialleistungen ,
128 der eine Grenzüberschreitung bleibt.

129

130 Auch rückkehrpflichtigen Menschen steht in Deutschland
131 bis zum Tag der Ausreise ein Recht auf ein menschenwür-
132 diges Existenzminimum zu, Art. 1 Abs. 1 und Art. 20 Abs. 1
133 Grundgesetz. Leistungen auf null zu setzen sowie auf die
134 „Unterbringung nach jeweiligen Landesgesetzen“ – also
135 in der Regel die ordnungsrechtliche Notunterbringung –
136 zu verweisen, steht im Widerspruch dazu und ist mit sozi-
137 aldemokratischen Grundwerten unvereinbar.

138

139 Wir fordern daher die Rücknahme der Komplett-
140 Streichung und die Wahrung des Existenzminimums
141 für alle in Deutschland lebenden Menschen.

142 Die Entwicklungen der letzten Wochen in der Asyl- und
143 Migrationspolitik haben innerparteilich, aber auch ge-
144 samtgesellschaftlich große Verunsicherung und Unzufrie-
145 denheit erzeugt. Die SPD muss in dieser Debatte einen
146 klaren Standpunkt vertreten und darf sich nicht von ein-
147 zeln rechten sowie rechtsextremen Akteur:innen trei-
148 ben lassen. Das Ziel der Sozialdemokratie muss es sein,
149 Terrorismusbekämpfung und die Schaffung eines funk-
150 tionierenden sowie menschenrechtskonformen Rahmens
151 für die Asyl- und Migrationspolitik differenziert anzuge-
152 hen. Die Menschen erwarten dabei Ergebnisse, die als
153 Gesamtkonstrukt gedacht und nicht reine Symptombekämpfung
154 im Sinne des kurzfristigen politischen Erfolgs
155 sind. Die Ausgestaltung und Umsetzung des Sicherheits-

156 paketes schafft dies nicht.
157
158 Wir stehen als SPD immer für Humanität und den indivi-
159 duellen Schutz des Asylrechts. Die mit der Zunahme der
160 Migration verbundenen Herausforderungen werden wir
161 nicht ignorieren, sondern aktiv angehen, anstatt ihnen
162 nur durch kurzfristige Abschottungs- und Abschreckungs-
163 maßnahmen zu begegnen.
164
165 Für uns ist klar, dass wir Gewalt- und Terroranschläge auf
166 das Schärfste verurteilen und von Menschen, denen wir
167 Schutz und Aufnahme geben, erwarten, dass sie unsere
168 Rechtsordnung achten. Wir verurteilen aber gleicherma-
169 ßen jede populistische Verallgemeinerung, aus islamis-
170 tisch motivierten Einzeltaten eine Migrationsfeindlich-
171 keit abzuleiten und damit rechte Narrative gesellschafts-
172 fähig zu machen.
173
174 Für eine sozialdemokratische Asyl- und Migrationspolitik
175 Unser Konzept sozialdemokratischer Migrationspolitik
176 beruht auf unserer Geschichte als SPD und unserer ge-
177 meinsamen Überzeugung unseres Menschenbildes. Sie
178 ist in unserem Grundsatzprogramm fest verankert. Wir tre-
179 ten für eine gleichberechtigte und vielfältige Gesellschaft
180 ein, in der Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen,
181 unseren Schutz und unsere Solidarität erhalten. Die SPD
182 steht für die Humanität in der Migrationspolitik und lehnt
183 jede Art der Ausgrenzung von Menschen anderer Nationa-
184 litäten entschieden ab. Wir wollen Menschen, die zu uns
185 kommen, eine echte Chance und Bleibeperspektive geben,
186 wir gehen offen, hilfsbereit und wertschätzend auf Men-
187 schen zu und lehnen jede Form rassistischer und Ausgren-
188 zung ab. Wir bieten und fördern eine **Integration, Parti-**
189 **zipation und Vielfalt** auf der Grundlage unserer **solidari-**
190 **schen und menschenrechtsorientierten Werte.**
191
192 Unsere Wirtschaft und Gesellschaft sind auf Migration an-
193 gewiesen. Dafür hat die SPD geführte Ampel-Koalition viel
194 erreicht: Wir haben mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht
195 das diskriminierende System jahrelanger Kettenduldun-
196 gen beendet, mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz
197 haben wir Wege der Zuwanderung außerhalb gefährlicher
198 Fluchtrouten und dem Asylrecht geschaffen und mit ei-
199 nem modernen Staatsangehörigkeitsrecht eine Doppel-
200 staatigkeit und gleichberechtigte politische Teilhabe er-
201 möglicht. Diese sozialdemokratischen Erfolge lassen wir
202 uns durch rechte Narrative, die aus Angst politischen Pro-
203 fit schlagen wollen, nicht klein reden. Unser Konzept sozi-
204 aldemokratischer Migrationspolitik begreift Migration als
205 Chance und Herausforderung für unsere Gesellschaft und
206 nicht als Bedrohung oder Gefahr für die öffentliche Sicher-
207 heit.
208

209 Wir sind stolz darauf, eine vielfältige Gesellschaft und
210 Chancengleichheit unabhängig von der Herkunft zu ge-
211 stalten. **Hierzu gehört, dass wir Integration, Partizipati-**
212 **on und Vielfalt und Vielfalt als zwingende Voraussetzung**
213 **für ein friedliches Zusammenleben begreifen und Angrif-**
214 **fe auf unsere solidarische und menschenrechtsorientierte**
215 **Werte, unseren Rechtsstaat und unsere Freiheit entschie-**
216 **den ablehnen.**

217

218 Aus diesem Grund fordern wir:

- 219 • Die Reformen, die durch das Sicherheitspakets be-
220 schlossen wurden, insbesondere die Einführung der
221 Grenzkontrollen an allen deutschen Landgrenzen
222 sowie die Verschärfungen bei den Sozialleistun-
223 gen für Geflüchtete/Asylbewerber*innen, schnellst-
224 möglich zurückzunehmen
 - 225 • Die Ausgestaltung und Umsetzung einer sozialde-
226 mokratischen Asyl- und Sicherheitspolitik anhand
227 bereits bestehender Beschlusslagen
 - 228 • Die Ablehnung von rechten Narrativen sowie ein ak-
229 tives Eintreten für die Verteidigung von Menschen-
230 rechten
 - 231 • Eine Weiterentwicklung der neuen Regelungen ei-
232 ner gemeinsamen europäischen Asylpolitik mit den
233 europäischen Partner*innen
- 234